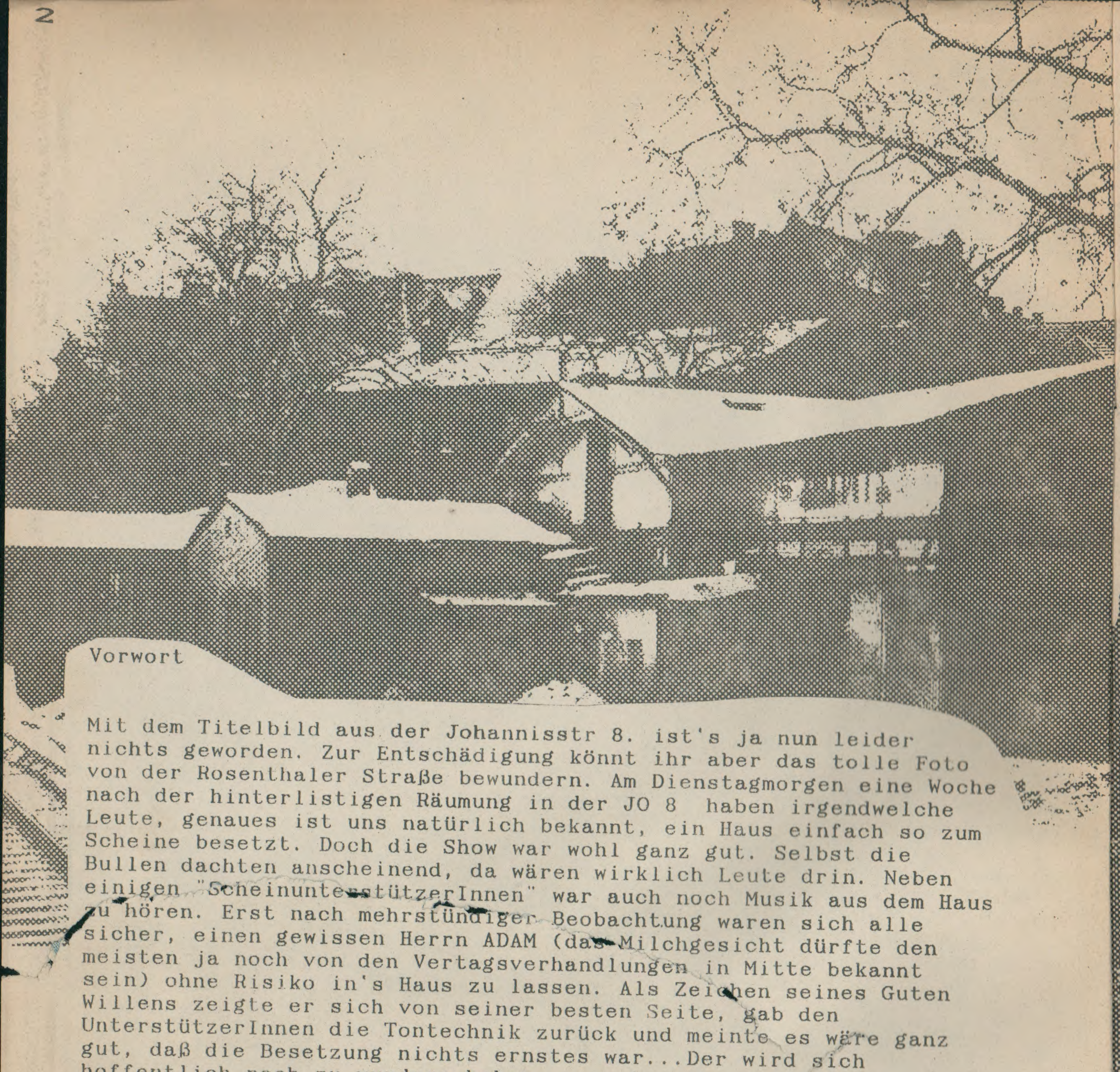

BZ
BESETZERiNNENZEITUNG
jahrgang 2 nummer 20
13.2.92 kostet 2,-



Vorwort

Mit dem Titelbild aus der Johannisstr 8. ist's ja nun leider nichts geworden. Zur Entschädigung könnt ihr aber das tolle Foto von der Rosenthaler Straße bewundern. Am Dienstagmorgen eine Woche nach der hinterlistigen Räumung in der JO 8 haben irgendwelche Leute, genaues ist uns natürlich bekannt, ein Haus einfach so zum Scheine besetzt. Doch die Show war wohl ganz gut. Selbst die Bullen dachten anscheinend, da wären wirklich Leute drin. Neben einigen "ScheinunterstützerInnen" war auch noch Musik aus dem Haus zu hören. Erst nach mehrstündiger Beobachtung waren sich alle sicher, einen gewissen Herrn ADAM (das Milchgesicht dürfte den meisten ja noch von den Vertagsverhandlungen in Mitte bekannt sein) ohne Risiko in's Haus zu lassen. Als Zeichen seines Guten Willens zeigte er sich von seiner besten Seite, gab den UnterstützerInnen die Tontechnik zurück und meinte es wäre ganz gut, daß die Besetzung nichts ernstes war...Der wird sich hoffentlich noch zu wundern haben, wenn bei ihm im Kiez die Auseinandersetzungen eskalieren... oder so.

Zur Zeitung is natürlich auch noch was zu sagen. Wir haben wieder fürchterlich viel aus anderen Blättern geklaut. Zum einen findet die "STREIT(e)" aus Saalfeld eine gewaltige Resonanz in dieser Nummer, und zum anderen findet ihr ein mehrseitiges Papier der ROTEN HILFE zum Entwurf des neuen Berliner Polizeigesetzes.

Grüße gibts diesmal nach Jena, Leipzig (hoffentlich seit ihr noch am Leben, wenn wir euch mal besuchen kommen!) und natürlich an alle Häuser in Brandenburg, die es geschafft haben zueinander zu finden und sicher viele gemeinsame Aktivitäten planen...

Ach ja, falls euch die Lektüre unserer Zeitung nicht reichen sollte, wir haben gehört, die neue radi soll wohl da sein.

So den Rest vom Vorwort gibts nich zu lesen. Wenn wir 'nen Ordner hätten wär's da wohl zu finden.

Das wars dann erst mal. Bis später.

sorry, das mit dem Titlephoto hat nun leider doch nicht geklappt -

inhalt

redaktionsanschriften:

bandito rosso (BZ)
lottumstr. 10a
o-1054 Berlin

fachschaft LAI (BZ)
Rüdesheimer Str. 54-56
w-1000 Berlin 33

v.i.s.d.p.: sabine bergmann-po

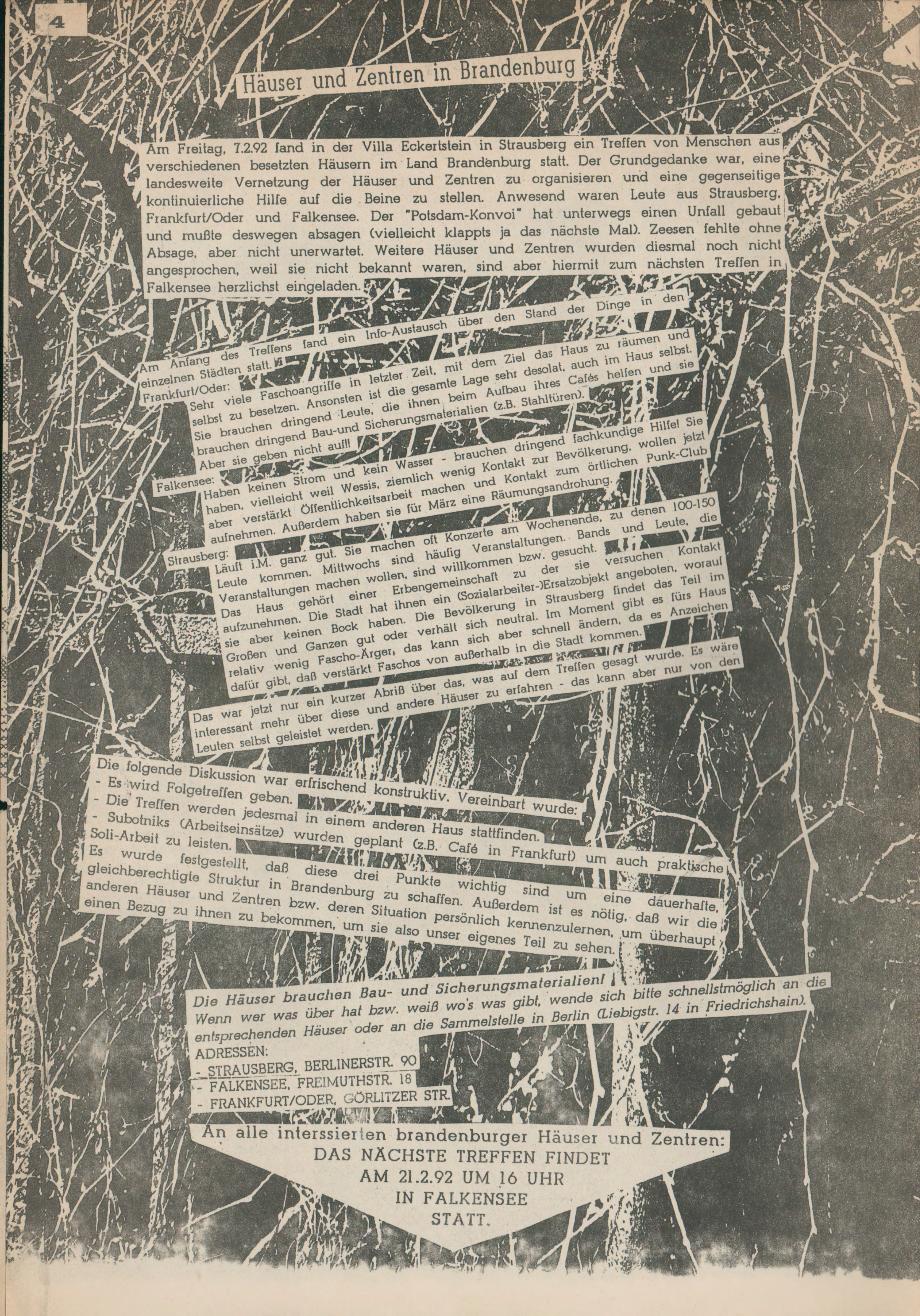
Eigentumsvorbehalt

Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

gesamtherstellung:
eigendruck im
selbstverlag

impressum

herausgeberin:
besetzerInnen und
MieterInnen gegen
dieses, jenes und/oder
alles unter mitwirkung
des fan-clubs
vom "Chef"?soffiziers
vom "Notar"



Häuser und Zentren in Brandenburg

Am Freitag, 7.2.92 fand in der Villa Eckertstein in Strausberg ein Treffen von Menschen aus verschiedenen besetzten Häusern im Land Brandenburg statt. Der Grundgedanke war, eine landesweite Vernetzung der Häuser und Zentren zu organisieren und eine gegenseitige kontinuierliche Hilfe auf die Beine zu stellen. Anwesend waren Leute aus Strausberg, Frankfurt/Oder und Falkensee. Der "Potsdam-Konvoi" hat unterwegs einen Unfall gebaut und mußte deswegen absagen (vielleicht klappts ja das nächste Mal). Zeesen fehlte ohne Absage, aber nicht unerwartet. Weitere Häuser und Zentren wurden diesmal noch nicht angesprochen, weil sie nicht bekannt waren, sind aber hiermit zum nächsten Treffen in Falkensee herzlichst eingeladen.

Am Anfang des Treffens fand ein Info-Austausch über den Stand der Dinge in den einzelnen Städten statt.

Frankfurt/Oder: Sehr viele Faschoangriffe in letzter Zeit, mit dem Ziel das Haus zu räumen und selbst zu besetzen. Ansonsten ist die gesamte Lage sehr desolat, auch im Haus selbst. Sie brauchen dringend Leute, die ihnen beim Aufbau ihres Cafés helfen und sie brauchen dringend Bau-und Sicherungsmaterialien (z.B. Stahltüren). Aber sie geben nicht auf!!

Falkensee: Haben keinen Strom und kein Wasser - brauchen dringend fachkundige Hilfe! Sie haben, vielleicht weil Wessis, ziemlich wenig Kontakt zur Bevölkerung, wollen jetzt aber verstärkt Öffentlichkeitsarbeit machen und Kontakt zum örtlichen Punk-Club aufnehmen. Außerdem haben sie für März eine Räumungsandrohung.

Strausberg: Läuft i.M. ganz gut. Sie machen oft Konzerte am Wochenende, zu denen 100-150 Leute kommen. Mittwochs sind häufig Veranstaltungen. Bands und Leute, die Veranstaltungen machen wollen, sind willkommen bzw. gesucht. Das Haus gehört einer Erbengemeinschaft zu der sie versuchen Kontakt aufzunehmen. Die Stadt hat ihnen ein (Sozialarbeiter-)Ersatzobjekt angeboten, worauf sie aber keinen Bock haben. Die Bevölkerung in Strausberg findet das Teil im Großen und Ganzen gut oder verhält sich neutral. Im Moment gibt es fürs Haus relativ wenig Fascho-Ärger, das kann sich aber schnell ändern, da es Anzeichen dafür gibt, daß verstärkt Faschos von außerhalb in die Stadt kommen.

Das war jetzt nur ein kurzer Abriß über das, was auf dem Treffen gesagt wurde. Es wäre interessant mehr über diese und andere Häuser zu erfahren - das kann aber nur von den Leuten selbst geleistet werden.

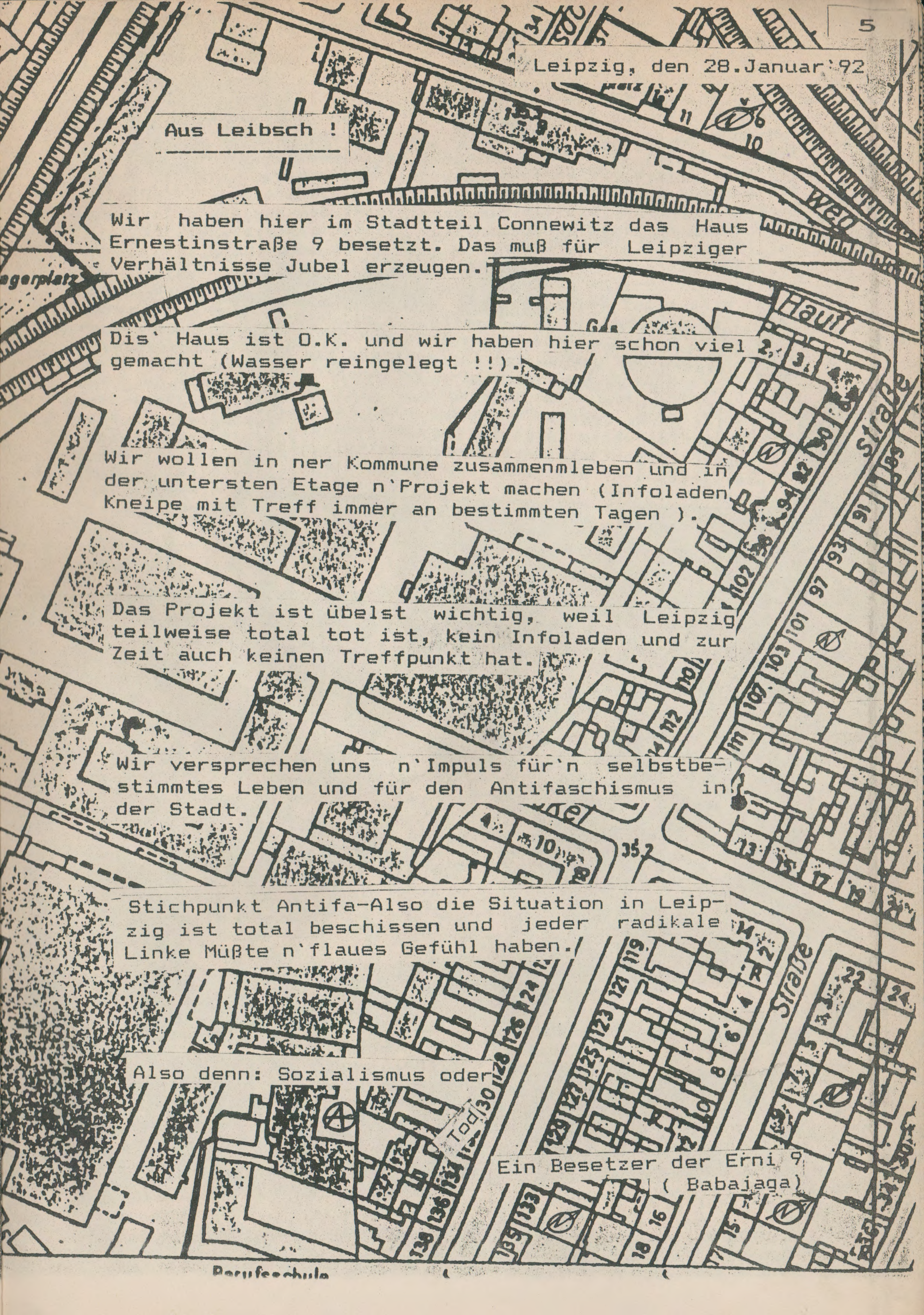
Die folgende Diskussion war erfrischend konstruktiv. Vereinbart wurde:
- Es wird Folgetreffen geben.
- Die Treffen werden jedesmal in einem anderen Haus stattfinden.
- Subotniks (Arbeitseinsätze) wurden geplant (z.B. Café in Frankfurt) um auch praktische Soli-Arbeit zu leisten.

Es wurde festgestellt, daß diese drei Punkte wichtig sind um eine dauerhafte, gleichberechtigte Struktur in Brandenburg zu schaffen. Außerdem ist es nötig, daß wir die anderen Häuser und Zentren bzw. deren Situation persönlich kennenzulernen, um überhaupt einen Bezug zu ihnen zu bekommen, um sie also unser eigenes Teil zu sehen.

Die Häuser brauchen Bau- und Sicherungsmaterialien! Wenn wer was über hat bzw. weiß wo's was gibt, wende sich bitte schnellstmöglich an die entsprechenden Häuser oder an die Sammelstelle in Berlin (Liebigstr. 14 in Friedrichshain).

ADRESSEN:
- STRAUSBERG, BERLINERSTR. 90
- FALKENSEE, FREIMUTHSTR. 18
- FRANKFURT/ODER, GÖRLITZER STR.

An alle interssierten brandenburger Häuser und Zentren:
DAS NÄCHSTE TREFFEN FINDET
AM 21.2.92 UM 16 UHR
IN FALKENSEE
STATT.



Leipzig, den 28.Januar 92

Aus Leibsch !

Wir haben hier im Stadtteil Connewitz das Haus Ernestinstraße 9 besetzt. Das muß für Leipziger Verhältnisse Jubel erzeugen.

Dis' Haus ist O.K. und wir haben hier schon viel gemacht (Wasser reingelegt !!).

Wir wollen in ner Kommune zusammenmleben und in der untersten Etage n'Projekt machen (Infoladen Kneipe mit Treff immer an bestimmten Tagen).

Das Projekt ist übelst wichtig, weil Leipzig teilweise total tot ist, kein Infoladen und zur Zeit auch keinen Treffpunkt hat.

Wir versprechen uns n'Impuls für'n selbstbestimmtes Leben und für den Antifaschismus in der Stadt.

Stichpunkt Antifa-Also die Situation in Leipzig ist total beschissen und jeder radikale Linke Müßte n'flaues Gefühl haben.

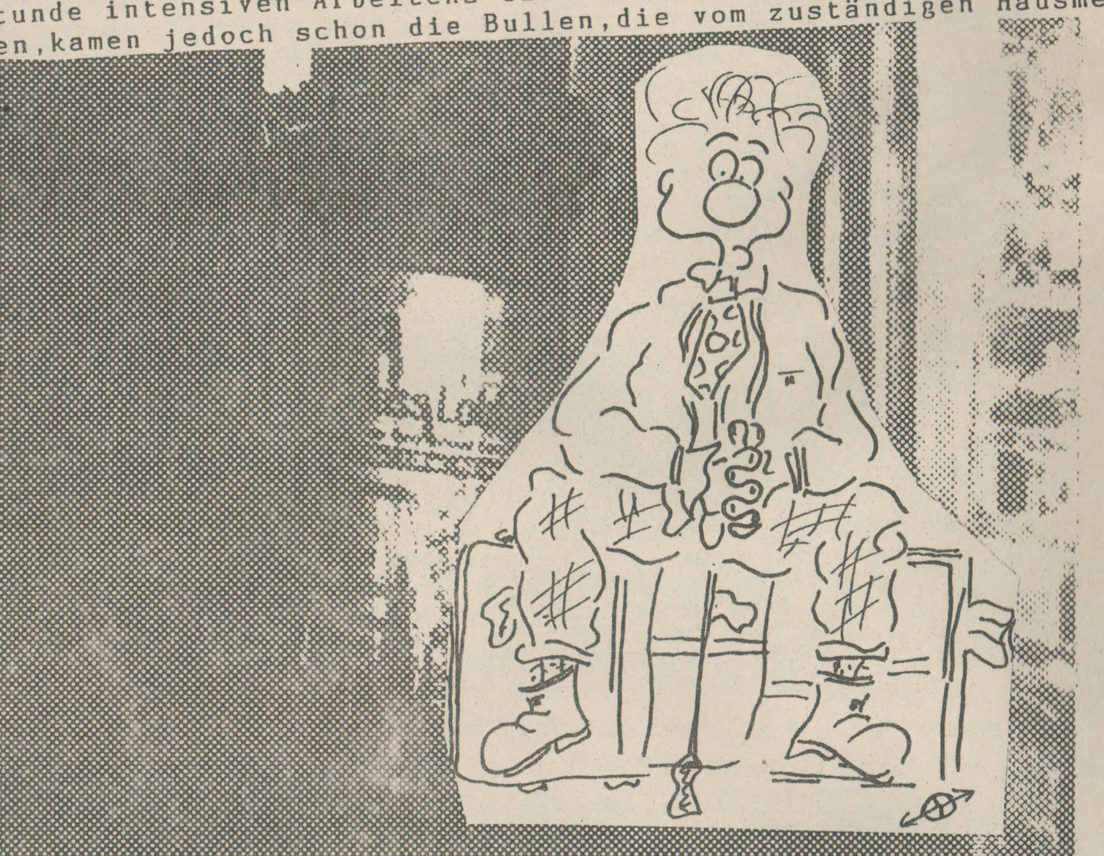
Also denn: Sozialismus oder Tod

Ein Besetzer der Erni 9
(Babajaga)

JENAER HÄUSERKAMPF

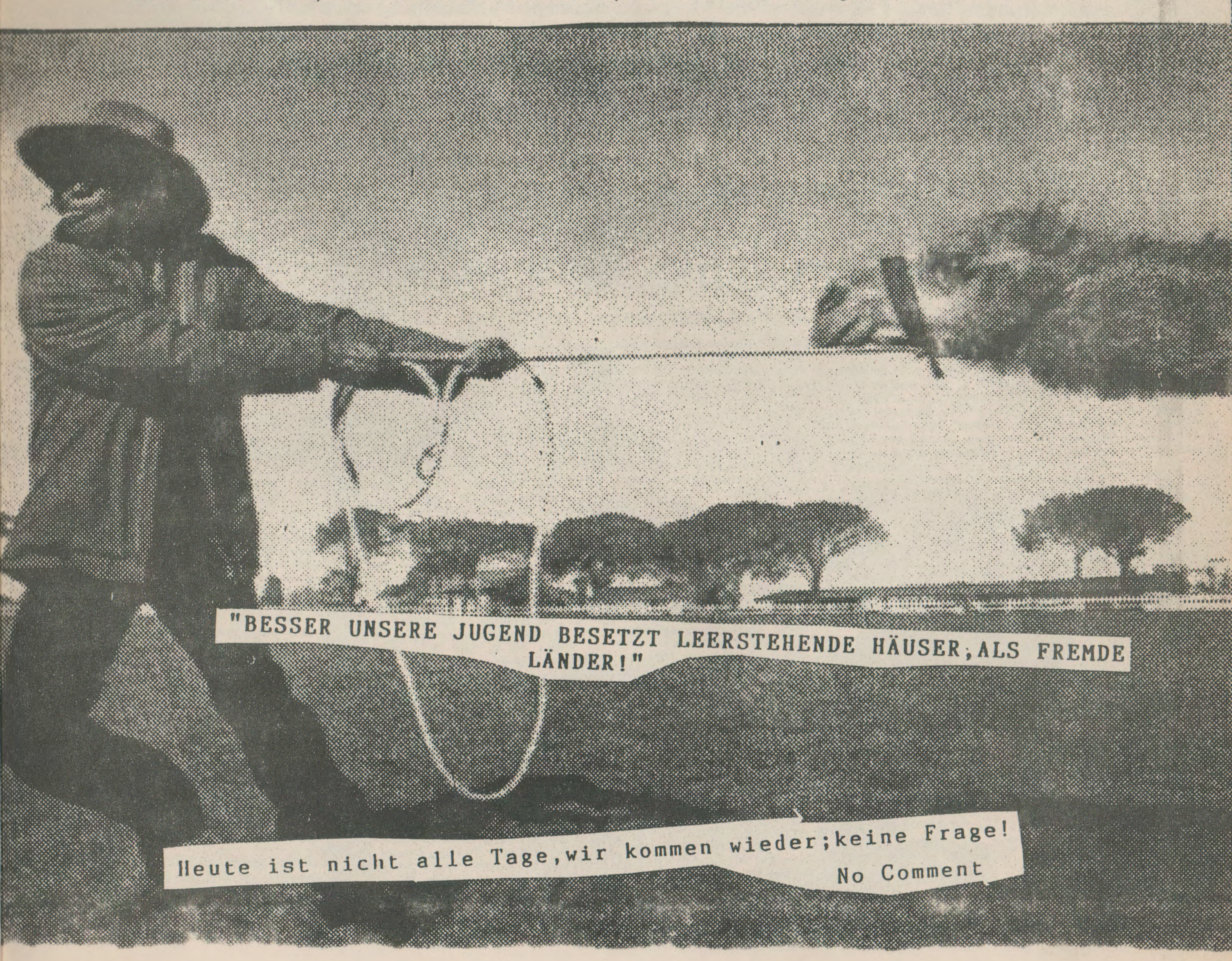
Zur Zeit gibt es in Jena neben dem besetzten Haus Brandströmstr.6 eine größere Anzahl besetzter Wohnungen.Es gab jedoch früher schon 2 Häuser:die Karl-Liebknecht-Str.58,welche von den BewohnerInnen nach nicht mal einem ganzen Jahr aufgegeben wurde,sowie-für die meisten unbekannt-die Zwätzengasse7,die ab 1985 besetzt war,später wurden die Wohnungen nach DDR-Recht legalisiert.

Der vorhandene Wohnraum allerdings reicht weder jetzt,erst recht dann nicht,wenn einige von uns ihre Wohnungen räumen müssen.Deshalb entschlossen wir uns,in der Huttenstraße ein Haus zu besetzen, das groß genug gewesen wäre,mind.12Menschen und einem Café Platz zu bieten.Nach mehreren Diskussionen ging es dann am Freitag,den 20.12.zur Sache.Gegen10Uhr trafen sich 8Leute,einige wollten noch nachkommen.Es wurden also Steine zum zumauern der unteren Fenster herangeschleppt,Fertigmörtel schon gekauft.Als nach einer knappen Stunde intensiven Arbeitens die ersten Steine gesetzt werden sollten,kamen jedoch schon die Bullen,die vom zuständigen Hausmeister



"alarmiert" wurden.Diese drangen durch die zu schlecht gesicherte Hintertür ins Haus ein und spielten erstmal INDIANER:mit gezogener Pistole rannte einer durch die oberen Stockwerke.Da die Bullen sich nicht "vorgestellt" hatten,wurden sie auf die Gesetze hingewiesen.Das tat ein Bulle dann auch,aber mit einem solchem Tempo, das nichts zu verstehen war.Doch bei erneuter Aufforderung verweigerte die"Aussage".Jedenfalls kam es nach Irrungen und Wirrungen zur Personalienaufnahme.Schließlich fotografierten die Pigs noch den Zustand des Hauses,und erklärten noch,daß den Leuten,die im Haus waren,Hausfriedensbruch "von Amts wegen"(weil sowas normalerweise der Mieter/Besitzer macht)und "schwerer Diebstahl"(die Steine waren auf einem anderen Grundstück "zwischengelagert")angehängt wird.

Da wir alle in Jena uns das nicht gefallen lassen wollten, beschlossen wir nach Rücksprache mit AktivistInnen aus anderen Städten am Sonntag, 22.12., einen neuen Versuch zu starten. Diesmal kamen von uns ca.45Leute, und die Bullen schon nach einer halben Stunde mit einer Art Überfallkommando, die sahen eher so aus, als wollten sie eine Geisel befreien! Keine Schlagstöcke und Schilder, sondern sie zogen, noch während des Aussteigens, die Pistole, luden durch und hielten diese auf die Fenster gerichtet. Dazu kamen dann solche dümmlichen, aber brutalen Sprüche wie: "Wenn wir reinkommen, fällt der erste Schuß!" Nach etwa 20min. entschlossen sich die BesetzerInnen, aus einem Fenster zu springen. Dort kam es zur Personalienfeststellung, zuvor jedoch wurden die bestimmten Teile (naja, Ihr wißt schon!) entsorgt. 5BesetzerInnen wurden mitgenommen, weil sie keinen Ausweis mithatten bzw. einige besaßen aufgrund ihres Alters keinen. Deshalb zogen wir, noch knapp 30Menschen, zum Bullenrevier, um die sofortige Freilassung zu fordern. Unterstützt wurden wir dabei vom Jugendpfarrer der JG"Stadtmitte", der jedoch nicht, wie die Bullenschweine in die Zeitung schreiben ließen, vermittelte. Auf der Bullerei wurden die Verhafteten z.T. geschlagen. Irgendwann sind wir natürlich wieder gegangen, vor allem, als wir sahen, wie einige Leite weggefahren wurden und uns außerdem gesagt wurde, daß alle wieder draussen wären. In der Nacht wurden schnell Flugis gemacht, um die Bevölkerung aufzuklären. Diese verteilten wir auf dem Markt und in Briefkästen. Außerdem wurde die TLZ aufgesucht, die ihrerseits ihren Artikel korrigierte und diesen mit dem Satz "Wer Wind sät, wird Sturm ernten!", an die Bullen gerichtet, schloß.



Nach der Jenaer ANTIFA-Demo am 22.Juni 1991 besichtigten einige Leute das seit vielen Jahren leerstehende Haus Brandströmstr.6,welches schon einmal vor einem Jahr einen Monat lang besetzt war.Nachdem es einigermaßen wiederbewohnbar gemacht wurde,holte auch uns das Sommerloch ein-wir erinnern nur an Frag.Eines Tages hing dann ein Brief der Wohnungsbaugesellschaft an der Tür:Räumung bis zum 20.8.Auf unseren leicht ironischen,aber wahren Antwortbrief kam bis heute keine Reaktion.Anfang September zogen die ersten Menschen ein,doch der erste Monat war das blanke Chaos:die BewohnerInnen wechselten ständig.Am 22.9.fand die Einweihungsfeier des Hauscafes statt,bei der über 150 Leute da waren.Außerdem spielten im Hof die "Vereinigten Chaoten"-BOEY!Um 22Uhr jedoch war Schluß,da die Bullen kamen: Ruhestörung!

Erneut Ärger mit den Bullen(begrünt endlich die Wüste)gab es,als sich einige zeitweilige BewohnerInnen nach mehreren Brüchen bei einem erneuten Bruch erwischen ließen.Daraufhin wurden alle Anwesenden aufs Revier gebracht und ohne Kontrolle das ganze Haus in aller Seelenruhe durchsucht.Es kam jedoch nicht zur Räumung.Danach fanden einige Gespräche im Beisein des Jugendpfarrers(Hinterhof!)statt,damit von der Bullerei keine eigenillige Faxen ausgehen:ohne RÄUMUNGSBEGEHREN keine RÄUMUNG!

Das Cafe ist mittwochs,freitags,sonnabends und sonntags geöffnet;am Mittwoch hat zusätzlich der Infoladen geöffnet.Wir haben inzwischen Informationen über das weitere Schicksal des Hauses eingeholt:seit über einem halben Jahr laufen Verkaufsverhandlungen.Es gehen auch schon Räumungsgerüchte um.Deshalb versuchen wir auch,den ehemaligen Verein"Karl-Liebknecht-Str.58"(ehemals besetztes Haus) zu übernehmen.Um "Pluspunkte" zu sammeln,gaben wir das abgedruckte Interview.Allerdings sollte das "Keine Gewalt"nicht überbewertet werden.

Sollte die Räumung eindeutig bevorstehen,gibt es auf jeden Fall eine Demo-weitere Aktionen eingeschlossen.Wir hoffen,entsprechende Flugis rechtzeitig verbreiten zu können.

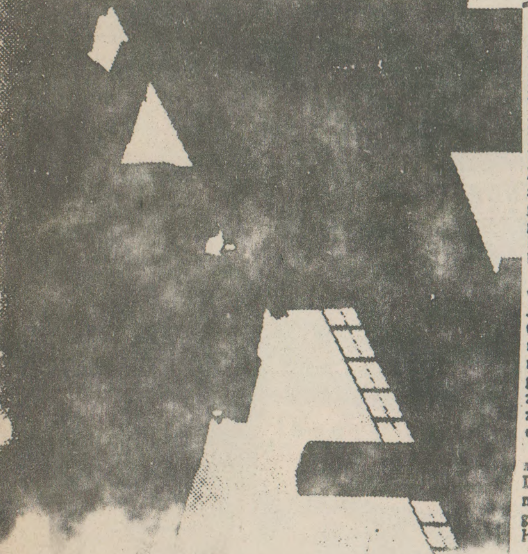
NO COMMENT JAF-INFODIENST

r in der Brandströmstraße

Gutbürgerlich, nein danke

„Von uns geht keine Gewalt aus" / Als Jugendprojekt im Visier

Viele Anwohner in der Brandströmstraße sind nicht begeistert von ihren Nachbarn im Haus Nummer 6. „Die machen häufig Lärm hier. Und kürzlich haben Leute Brandbomben in der Straße geworfen", sagt ein älterer Herr. Wer sind sie, die Bewohner der Nummer 6? „Unser Gesetz ist die Freiheit", steht weithin sichtbar auf einem Stück Stoff an der Wand. Hausbesetzer haben Besitz ergriffen von dem vormals lange leerstehenden Gebäude, das der Städtischen Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft gehört. TLZ sprach mit zwei der Jugendlichen.



Martin lebt seit einiger Zeit in der Brandströmstraße: „Meine Mutter ist geschieden. Ich bin etwas eigenwillig und fühle mich zu alt, um noch bei meiner Mutter zu wohnen." Torsten, noch bei seinen Eltern, verbringt seine Freizeit im besetzten Haus. Etwa ein Dutzend junger Leute zwischen 15 und 25 wohnen in dem Eckhaus, andere kommen nur an den Abenden.

„Es fing alles damit an, daß sich hier im Sommer Leute zusammenfanden, die keine Wohnung hatten und nicht mehr mit ihren Eltern zurechtkamen", sagt Torsten. Während des vergangenen Sommers hätten sie das Haus notdürftig wieder bewohnbar gemacht, was da hieß: Putzlöcher zugeschmiert und eingeschlagene Fensterscheiben zugeklebt. Dann gegen Ende August seien sie eingezogen, sagt Martin, und, daß dies eine Hausbesetzung sei.

Nach Auskunft der beiden wohnen seitdem Mädchen und Jungen in der Brandströmstraße 6: Schüler, Studenten, Arbeitnehmer und Azubis. In der Woche nähmen alle Besetzer ihre sonstigen Verpflichtungen wahr, gehen zur Schule, zur Universität oder zur Arbeit. Einige Arbeitslose seien auch unter ihnen.

An den Abenden sei es schon mitunter laut, räumt Torsten ein. Die Musik lärme etwas und manche Besucher träten zuerst gegen die mit Blech bewehrte Haustür, obwohl inzwischen eine Klingel installiert ist. Zudem sei die Lebensweise etwas unorthodox. Manche Mitbewohner blieben bis in die Puppen auf und schliefen dann bis zum Nachmittag. Schlamperei aber gebe es eigentlich nicht im Haus. Freilich seien nicht alle gleichermaßen ordentlich, und frühmorgens erlebe man mitunter ein Chaos. „Sie müßten mal abends kommen, dann sieht es schon einigermaßen solide aus", sagt Torsten. Das Haus sei nicht übermäßig groß und biete nur eingeschränkte Waschmöglichkeiten. „Man muß sich von Zeit zu Zeit bei Freunden waschen." Aber die Ansprüche insgesamt seien bei den Jugendlichen nicht sehr hoch in Bezug auf Wohnkomfort. „Wir brauchen all das nicht, was man so gutbürgerlich nennt. Und alles, was an Geld da ist, wird fürs Essen ausgegeben", sagt Martin. Einige Möbel und verschiedenes an Hausrat hätten sie von Nachbarn geschenkt bekommen. Am wichtigsten für die Gemeinschaft sei es, die Unterkunft in Schuß zu bringen. Sonnabends beschäftigten sich nahezu alle damit, weiter am Haus zu arbeiten.

Was nun wollen die Jugendlichen mit der Hausbesetzung signalisieren? „Neben der Tatsache, daß einige von uns wirklich unterkommen mußten, wollen wir ein Zeichen setzen", sagt Martin. Hunderte von Wohnungsanträgen lägen bei der Stadt vor, auf der anderen Seite verkomme ungenutzter Wohnraum. Den wollten sie nun für eine Art Jugendprojekt nutzen. „Schon jetzt läuft unser Jugendcafe und wir bekommen viel Besuch", sagt Torsten. Auch der Info-Laden finde bereits Interessenten. Info-Laden bedeutet für die beiden, daß man dort Zeitungen und Broschüren lesen, Aufkleber und T-Shirts kaufen kann. „Wir sind offen für alle Jugendlichen, die die Gewalt ablehnen", umreißt Torsten die angestrebte Besucherschar. Die Bewohner der Brandströmstraße 6 seien gegen jegliche Ausländerfeindlichkeit, gegen Neofaschismus und gegen die Ausgrenzung von Randgruppen. Sie pflegten auch verschiedene Kontakte zu Ausländern, aber viele von denen hätten Angst, in die Brandströmstraße zu gehen. „Ich glaube, unsere Ziele sind manchen ein Dorn im Auge", sagt Martin. Schon mehrmals seien Skinheads dagewesen, hätten Scheiben eingeworfen und Molotow-Cocktails vor die Tür gelegt.

„Wir sind gegen Gewalt. Auch wenn manche von uns vielleicht durch ihr Äußeres provozieren, aber von uns geht keine Gewalt aus", sagt Martin.

Wie stellen sich die beiden die Zukunft für ihre Gruppe vor? „Wir haben gehört, daß die Wohnungsgesellschaft das Haus eventuell verkaufen will. Vielleicht könnten wir einen Verein gründen. Denn wenn wir legal wären, bekämen wir möglicherweise Unterstützung", vermutet Martin und hofft auf ein anderes Haus, in dem er und seine Freunde leben könnten. bag

(Die Namen der beiden Gesprächspartner sind der Redaktion bekannt, wurden aber auf deren Wunsch hin geändert.)

PRESSEERKLÄRUNG ZUR RÄUMUNG DER JOHANNISSTR.8

Polizist: "Schönes Haus, kann man sicher toll drin wohnen, sollte man einfach kaufen."
Besetzer: "Man könnte es auch einfach besetzen."
Polizist: "Aber wenn ich`s kaufe, fliege ich nicht so schnell raus." (Dialog 4.2.92 morgens)

Genau das passierte heute Morgen mit uns.
Nachdem sie Fenster zerschlagen und Türen eingetreten hatten, wurden wir von ca. 200 Polizisten und etlichen Zivilbeamten aus dem Schlaf gerissen.
In den folgenden 1 1/2 Stunden wurden wir alle fotografiert, registriert, unsere Sachen wurden untersucht und wir mußten uns Leibesvisitationen unterziehen. Zwei Leute von uns wurden kurzzeitig festgenommen.
Da seitens der Ordnungskräfte zuvor keine Aufforderung gekommen war, das Haus zu verlassen, war es uns in keiner Weise möglich, angemessen auf die Situation reagieren zu können. Rechtlich ist eine solche Aufforderung pflichthafter Bestandteil einer Räumung. Somit war das Vorgehen der Polizei entmündigend und illegal.

Die Besitzverhältnisse sind für niemanden eindeutig überschaubar. Selbst die TREUHAND war sich offenbar nicht im Klaren darüber, denn die auf diesen Punkt zielende Frage unserer Rechtsanwältin ist bis heute unbeantwortet geblieben. Wir wissen nicht, auf welcher rechtlichen Grundlage die TREUHAND das Haus an die DER veräußerte.

Fest steht aber, daß angesichts der katastrophalen Wohnungssituation wertvoller Wohnraum in Gewerbefläche umgewandelt werden soll und seinen eigentlichen Zweck nicht mehr erfüllen wird. Die systematische Vernichtung von Wohnraum und die bewußte Aufrechterhaltung von Leerstand ist ein Skandal!
Die in der "BERLINER ZEITUNG" veröffentlichte Stellungnahme der TREUHAND zu diesem Thema enthielt eine zynische Definition der eigenen Arbeit: "Was können wir uns mehr wünschen, als das ein Unternehmen Arbeitsplätze schafft." Es ist einfach pervers - aber scheinbar gängige Praxis - verschiedene soziale Mißstände gegeneinander auszuspielen.

Uns erscheint es als ein weiterer Schritt, das von Spekulanten und Investoren heiß umworbene Gelände um die Friedrichsstraße herum und anderswo in Zukunft zu einer kommerzbestimmten Fassade von Wohlstand und Reichtum umzuwandeln. Menschen aus normal und weniger verdienenden Schichten sollen von hier vertrieben werden, obwohl gerade sie das Staßenbild lebendig gemacht haben.
Wir sehen einem Berlin der Bonzen, Banker und Bullen entgegen und werden diese Entwicklung nicht ohne Widerstand hinnehmen.

Für`s Erste fordern wir:

- Rückgabe der Johannisstr.8 an die Besetzerinnen und Besetzer
- Offenlegung der rechtlichen lage um das Haus
- Keine weitere Vernichtung von Wohn-

ZZZ
die BesetzerInnen

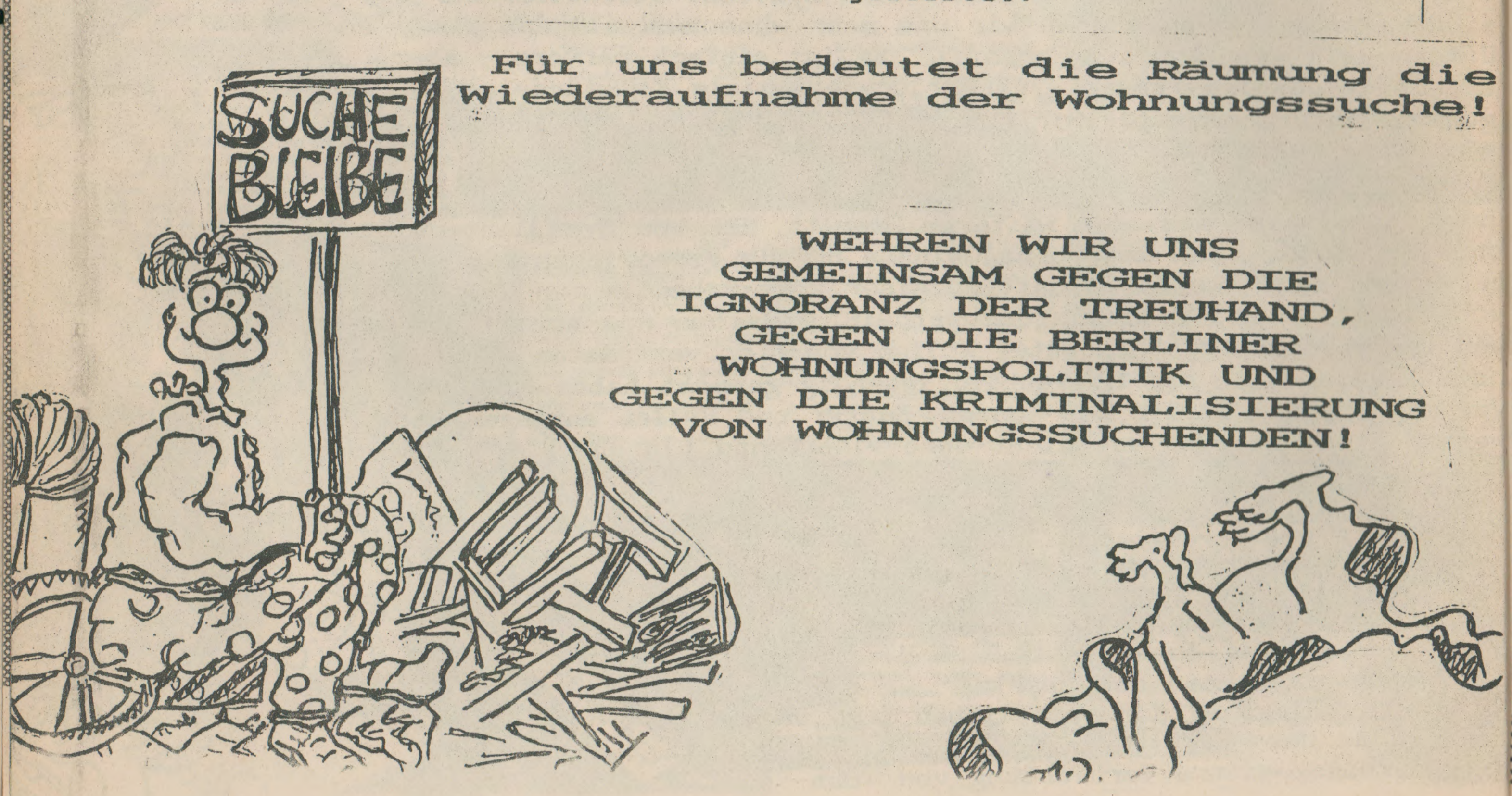
JOHANNISSTRASSE 8 GERÄUMT !

Heute früh, am 4.Februar kurz nach 7 Uhr, wurden wir, die BewohnerInnen der Johannisstr.8, von zwei Hundertschaften der Polizei aus dem Schlaf gerissen und geräumt. Obwohl laut Einsatzleiter das Räumungsbegehren bereits seit dem 27.1. vorlag, wurden wir weder davon informiert, noch gab es es eine Aufforderung der Polizei, das Haus zu verlassen. Unsere Hausklingel mißachtend warfen sie Fensterscheiben ein und drangen so ins Haus. Unsere Personalien wurden festgestellt, und wir mußten tatenlos die sexistische Anmache von Seiten der Zivis über uns ergehen lassen.

Am 18.1.92 besetzten wir dieses Haus, nachdem es zuvor zwei Jahre leer stand und die Kamine, Wasser- und Stromleitungen teilweise zu Spekulationszwecken funktionsuntüchtig gemacht wurden. Mit viel Mühe und Arbeit haben wir seitdem begonnen, das Haus wieder bewohnbar zu machen.
Verhandlungsangebote unsererseits an die verfügungsberechtigte Treuhand wurden ignoriert und die Bemühungen unserer Anwältin zwecks Kontaktaufnahme ausgeschlagen.

Heute morgen erst erfuhren wir, daß die Treuhand das Grundstück samt Wohnhaus an ein europäisches Reisebüro verkauft haben soll, obwohl die Eigentumsverhältnisse ungeklärt sind (laut Grundbuch hatte das Grundstück noch 1942 jüdische BesitzerInnen). Es liegt uns kein Kaufvertrag darüber vor und auch keine Berechtigung auf eine Umwandlung des Wohnraums in Gewerberäume.

Daß bei der herrschenden Wohnungsnot Wohnungen mit Bad und Küche, die Platz für ca. 50 Menschen bieten, in Reisebüros umgewandelt werden, kennzeichnet die nur auf Profit bedachte und an den Grundbedürfnissen der Menschen vorbeiplanende Politik der Treuhand. Hier wird die Kiezstruktur zerstört und der Verdrängung der ursprünglichen AnwohnerInnenschaft vorschub geleistet.



Für uns bedeutet die Räumung die Wiederaufnahme der Wohnungssuche!

WEHREN WIR UNS GEMEINSAM GEGEN DIE IGNORANZ DER TREUHAND, GEGEN DIE BERLINER WOHNUNGSPOLITIK UND GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG VON WOHNUNGSSUCHENDEN!

ZUR JOHANNISSTR. 8

So. Das wars dann wohl. Am 4.Februar in aller Frühe wurden wir von 200 Bullen und etlichen Zivilbeamten aus dem Schlaf gerissen.
Damit ist es wieder einmal gelungen, den Ansatz eines selbstbestimmten Lebens zu zerstören. Nicht nur, daß viele von uns nun wieder ohne Wohnraum irgendwelchen Verwandten oder Freunden zur Last fallen müssen, nein – auch ein Großteil unserer Träume sollte zerschlagen werden.
Wir hatten die Hoffnung, in dem Haus unser Leben nach selbstgesetzten Maßstäben zu organisieren und in der Gemeinschaft die Vereinzelung aufzuheben, die mehr und mehr den Alltag bestimmt.
Wir glaubten auch, im Haus untereinander Beziehungen zu entwickeln, die frei sein sollten von Bevormundung, Kontrolle und Beschränkung.



Wir hatten den festen Plan, aus dem Haus heraus kulturelle und nachbarschaftliche Initiativen zu starten, die uns und unser Leben mit der Lebenswelt des Kiezes verbunden hätten.
Wir wollten also unser Leben selbstbestimmt gestalten und unsere Ideen selbständig formulieren und durchsetzen. Wir wollen das jetzt nicht als konkretes Gegenweltsmodell oder so hochstilisieren, aber als unseren Freiraum wollten wir das Haus schon begreifen.
Und dieser Freiraum war es sicher auch, der denen Angst bereitete, die uns aus dem Haus trieben. Sie konnten nicht dulden, daß unweit des künftigen Regierungsviertels und mitten im Zentrum einer angestrebten Glitzerwelt von Wohlstand und Reichtum selbstbestimmte Projekte entstehen.
Gleichwohl steht unsere Räumung also im Kontext der Vertreibung aller normal oder weniger Verdienenden aus dem Gebiet um die Friedrichstraße. Das massive Bullenaufgebot sollte nicht nur uns, sondern auch dem ganzen Kiez demonstrieren, wie mit denen umgegangen wird, die der absehbaren Entwicklung nicht ohne Widerstand entgegensehen wollen.

Daß unsere Räumung auch in diesem Bezug gesehen werden kann, zeigen die Reaktionen vieler Leute auf diese Räumung, auch wenn wir mit ihnen nicht direkt zu tun hatten. Aus den verschiedensten Bereichen, bis hin zu normalen Werktätigen, erfuhren wir von Reaktionen. Selbst in Büros erzählten sich die Leute von der beobachteten Räumung und zeigten Verständnis für unser Anliegen.

Klar ist, daß dieses "sich mitkriegen" noch weit entfernt ist, von direkter Solidarisierung und gemeinsamer Durchsetzung von Interessen. Trotzdem halten wir jeden Ansatz von Verankerung im Kiez für absolut notwendig, um auf Dauer den Plänen der Bonzen etwas entgegensetzen zu können.

Doch mit dem Ende unserer Besetzung sind wir von diesem Ziel wieder ein ganzes Stück entfernt, auch wenn sie sich so manche Blöße gegeben haben (die natürlich vom größten Teil der bürgerlichen Journaille verschwiegen wurden).

So ist für uns ganz klar, daß die Räumung eine illegale Aktion war. Auch wenn uns das im nachhinein nicht viel nützt, wollen wir schon die Chance nutzen, auf die Methoden aufmerksam zu machen, mit denen gegen uns vorgegangen wurde.

1.) Die Ignoranz der TREUHAND ist empörend. Sie hatten einfach die Frechheit, den von uns angebotenen juristischen Weg zu Verhandlungen oder auch nur zur Verständigung auszuschlagen. Erst aus der Presse erfuhren wir, was die TREUHAND zu tun gedenkt. In aller Öffentlichkeit muß natürlich das Gesicht gewahrt werden. Deshalb die dreiste Lüge, es gäbe unseren Brief nicht.

2.) Die Eigentumsverhältnisse scheinen uns ungeklärt. Deshalb kann es also auch keine Räumungsklage des "rechtmäßigen Eigentümers" geben. Unseren Nachforschungen zufolge war das Haus bis 1942 in Besitz eines Juden, der nach Palästina auswanderte. Zu DDR-Zeiten gehörte das Haus laut Grundbucheintragung der "Generaldirektion des Reisebüros der DDR". Mit der Vereinigung kam die Überführung von Volkseigentum in TREUHANDverwaltung.

Selbst die TREUHAND gestand noch am 3.Februar in der "BERLINER ZEITUNG" ein, die Vermögensfrage müsse noch geklärt werden. Das war einen Tag vor der Räumung. Es ist für uns kaum nachvollziehbar, wie sich quasi über Nacht die Eigentumsfrage geklärt haben soll.

3.) Niemand von uns hat auch nur einen Schnipsel von einer Räumungsaufforderung zu Gesicht bekommen. Die Bullen, die uns "weckten", sagten uns natürlich nichts genaues.

Später hieß es, ein "staatliches Europäisches Reisebüro" hätte den Räumungtitel beantragt. Wir können uns nicht vorstellen, wer das sein soll. Jedenfalls leugnen TREUHAND und POLIZEI, irgendeine Aktie an unserer Räumung zu haben. Von dem "Reisebüro" ist außer dem Namen nichts bekannt (nicht mal 'ne Adresse läßt sich finden).

4.) Die Bullen haben uns nicht ein einziges mal zum Verlassen des Hauses aufgefordert. Damit haben sie es geschafft, uns vollends zu entmündigen. Wir hatten keine Chance in irgendeiner Weise auf die Situation zu reagieren.

Ob unserer Friedlichkeit versuchte man uns im Nachhinein scheinbar noch dem Gespött der öffentlichkeit preisgeben zu wollen. In der Presse hieß es zum Teil, wir hätten den Bullen die Tür geöffnet.
FÜR WIE BLÖD HALTEN DIE UNS DENN ?
Die Bullen haben ein Fenster im Erdgeschoß eingeschlagen und eine gesicherte Tür aus dem Rahmen getreten, um ins Haus zu gelangen.

5.) Wie die Bullen und vor allem die Zivilbeamten mit uns umgegangen sind ist skandalös. Neben der sexistischen Anmache den Frauen der Gruppe gegenüber, war die ganze Aktion ein Versuch unserer Kriminalisierung.

So wurden alle von uns abgelichtet, registriert und (obwohl wir uns unter ihrer Aufsicht anziehen mußten) grünlich abgetastet. Auch haben sie wie wild in unsern persönlichen Sachen herumgeschnüffelt. Gefunden haben sie natürlich nix.

Was bleibt ist der Eindruck, daß sie anscheinend dachten, wir wären Terroristen und das ganze Haus voller Waffen... Das ist ganz sicher die Ecke, in die sie uns liebendgerne drängen würden, aber solche Art von Kriminalisierung werden wir uns nicht gefallen lassen.

Nach dem nun klar ist, daß sie kein Schranken kennen, um unsere Träume zu zerschlagen und sogar in aller öffentlichkeit rechtlich äußerst bedenkliche Aktionen starten, heißt das nicht, es wäre sinnlos, Utopien ausleben zu wollen. Es heißt vielmehr, wir müssen unsere Träume vermitteln und mehr Gemeinsamkeiten entdecken. Gegen einen Traum können sie vorgehen, auslöschen können sie ihn nicht. Doch wenn wir alle träumen, haben sie 'ne ganze Menge zu tun...



Denn auf ihr Träumer all,
auf zu neuen Taten

CIAO.

ERKLÄRUNG DER FLÜCHTLINGE AUS NORDERSTEDT VOM 08.02.92

Seit dem 12. September leben wir Flüchtlinge unter schwierigen Umständen in Kirchen. Während dieses 5-monatigen Widerstandes wurden uns Ultimaten gestellt, wurden wir für illegal erklärt, wurde uns mehrere Male mit schneller Abschiebung gedroht.
Außerdem erfuhren wir die Einstellung der humanitären Hilfen, medizinische Versorgung, Lebensmittel, Telefonmöglichkeiten und: Wir müssen in der Kälte schlafen.
Der Grund, weshalb wir noch immer diese Umstände in der Kirche ertragen müssen, ist, daß wir uns weiterhin wehren, nach Ost-Deutschland geschickt zu werden, nachdem wir Anfang November in Greifswald von "fremdenfeindlichen Fußballfans" angegriffen worden sind. Einige von uns waren bereits in Rostock (MVP) und Thüringen angegriffen worden, bevor wir nach Greifswald gehen mußten. Später, in der Silvesternacht wurden einige von uns in Schwerin erneut angegriffen.
Was wir in der Schalom-Kirche erdulden, ist die Strafe für unsere Flucht nach Schleswig-Holstein vor den Gewaltausbrüchen gegen Flüchtlinge.
Die Erklärungen verantwortlicher Politiker, die Gewalt sei ein Anzeichen für die Ängste großer Teile der Bevölkerung vor einer Zunahme von Asylsuchenden, ist ein deutliches Zeichen, wie Duldung von Gewalt für ein Verdecken rassistischen Terrors arbeitet. Diese deutsche nationalistische Krankheit, die von Regierenden, als Versuch von ihrer skandalösen Politik abzulenken, gefördert wird, malt ein Bild, als ob Deutschland bevorstünde, von Flüchtlingen "überfallen" oder "überflutet" zu werden.
Bangladesch z.B., eines der ärmsten Länder der Welt, nimmt mehr als eine Million Flüchtlinge auf. 1991 kamen 250.000 Flüchtlinge nach Deutschland. Ca. 60.000 von ihnen kommen aus Jugoslawien und wollen zurückkehren, wenn der Krieg vorbei ist.
In jenem Bild wird ein Image vorgegeben, in dem wir Flüchtlinge übel, schmutzig, verwerfliche Sündenböcke und Kriminelle sind.
Ein Beispiel hierfür findet sich in einer Pressekonferenz, in der Sozialminister Jansen sagt, daß die Flüchtlinge in Norderstedt nicht etwa eine zu bemitleidende Gruppe von Ausländern sei, sondern eine "Power-Gruppe" (vgl. WELT 31.1.92).
Die Verurteilung der rassistischen Gewalttäter durch die politisch Verantwortlichen war nicht unzweideutig, sondern verbunden mit einer Erklärung, daß die Asylgesetze von Flüchtlingen mißbraucht würden.

Während der fünf Monate Widerstand haben wir unter den Auswirkungen der Nazi-Angriffe in der Ex-DDR und dem Druck, den Kirche und Regierung ausüben, gelitten, aber wir ziehen es vor, in Schleswig-Holstein zu leiden.
Es ist kein Vergnügen für uns, in einer Kirche zu leben, und auch hier besteht die Gefahr eines rassistischen und faschistischen Angriffs. Aber der Unterschied ist, daß wir dann nicht allein und isoliert sein werden wie im Osten.
Ferner ist Isolation eine Methode, die Asylverfahren verschlechtert.
Überall in Deutschland gibt es Rassismus, aber der Grund, warum wir uns hier sicher fühlen ist, daß die Leute seit Jahren mit AusländerInnen vertraut sind und beschützende und informative Unterstützung leisten.

Wir fühlen uns nicht als "andersartig" unter diesen Leuten.

Es gibt auch Menschen, die uns vertreiben wollen.
Um Druck auf die Gruppe auszuüben, haben sie verschiedene Waffen benutzt.
Ein Beispiel ist, wie eine Gruppe von Flüchtlingen durch andere Flüchtlinge, die von der Kollaboration zwischen Kirche und Regierung geschickt wurden, zu überzeugen versucht wurde, in die Ex-DDR zu gehen. Auch drohen sie uns mit einer Polizeiräumung, falls wir nicht dort hingehen.
Einige Flüchtlinge konnten den unterschiedlichen Druck nicht aushalten und gingen widerwillig in die Ex-DDR. Einige von ihnen, die dorthin gehen mußten, sind aus Deutschland geflohen.
Die Flüchtlinge, die jetzt die Zwangsverteilung nicht akzeptieren, sind diejenigen, die die Einschüchterungen und den Druck noch aushalten können.
Ihre letzte Drohung ist eine schnelle Abschiebung nur für diese spezielle Gruppe in der Kirche. Einige von uns, die in die Ex-DDR gehen mußten, konnten aus Deutschland fliehen. Andere leben wieder in den westlichen Bundesländern, gefährden ihre Asylverfahren und geben wie tausende anderer Flüchtlinge ihren legalen Status auf.
Dieses Ergebnis ist das beste Beispiel, welches aufzeigt, was sie mit der letzten Einschüchterung, Schnellverfahren nur für uns, welche bis Ende Februar abgeschlossen sein sollen, beabsichtigen.
Dies ist der letzte Schritt, die letzte Drohung der Regierung, damit wir unsere Forderung, in Schleswig-Holstein zu bleiben, aufgeben.
Im Gegensatz zu dem, was Jansen bisher anstrebte, leben wir Familien, die von Greifswald flohen, immer noch in SchleswigHolstein, ungeachtet allen Druckes und aller Schwierigkeiten.
Wir können immer noch nicht das Risiko auf uns nehmen, nach Mecklenburg-Vorpommern zu gehen und wir stellen uns der Drohung beschleunigter Asylverfahren, die bis Ende Februar abgeschlossen sein sollen.

Wir haben keine andere Möglichkeit als einen gemeinsamen und unbegrenzten Hungerstreik.
Dies heißt, daß wir Flüchtlinge für unsere natürlichen Menschenrechte nichts mehr einzusetzen haben, außer unsere Körper.

Deshalb sind wir, Einzelpersonen und Eltern, heute um 10.00 Uhr in den Hungerstreik getreten.

Mit Außnahme der, aufgrund der schwierigen Bedingungen und der Kälte wärend dieser fünf Monate Widerstandes, erkrankten Flüchtlinge.

Wir fordern hiermit:

- DAS RECHT IN SCHLESWIG-HOLSTEIN ZU BLEIBEN
- STOPT DAS UNFAIRE ASYLSCHNELLVERFAHREN
- STOPT DIE ABSCHIEBUNG

Ralf und Knud sind rut!

Montag, den 27.1., morgens 9.15 Uhr, alle noch wütend über das martialische Polizeivorgehen.

Doch plötzlich die Überraschung: Brokdorf-Richter Selbmann stellt von sich aus die Haftfrage und läßt Knud und Ralf nach einem halben Jahr Untersuchungshaft endlich frei!

Erstaunlich, haben doch alle Beteiligten mit einem straighten Durchmarsch und einer Verurteilung gerechnet und erst nach Revisionsantrag und einem folgenden neuen Verfahren auf Freilassung gehofft. Mit lapidaren juristischen Sätzen wurde vorher willkürlich die „Gemeingefährlichkeit" der beiden und damit die Untersuchungshaft sechs Monate lang begründet. Nun begründete Selbmann genauso lapidar die Aufhebung der Haftbefehle.

Dieser schnelle Wandel im Verfahren läßt wundern. Hat doch das gesamte Konstrukt der LKAler und das arrogante Vorgehen der Staatsanwältin, Roitsch von Almelo, bis jetzt immer Rückendeckung seitens der zuständigen RichterInnen gehabt.

Angefangen von der Verhängung der U-Haft nach der Festnahme im Juli 1991, über den zweiten Haftprüfungstermin mit der dreisten Erhöhung des Vorwurfs auf Mordversuch im September. Bis hin zur Zulassung der Anklage im Dezember, wo von der damals zuständigen Landgerichtskammer unter dem Vorsitz von Richter Gerhardt genau diese Aufhebung der Haftbefehle erwartet wurde.

Wieso also diese Wende?

Juristisch ist seit Dezember nichts passiert, die Fakten- und Aktenlage ist gleich geblieben.

Es ist der Erfolg der Solidaritätsarbeit in ihrer ganzen Breite und Vielfältigkeit. Was Selbmann offiziell bestreitet, daß er sich nämlich keinem öffentlichen Druck beugt, es ist real so: Ohne die Presse, die im übrigen äußerst schwer zu mobilisieren war, ohne die „liberale Öffentlichkeit" in Form von LehrerInnen, ArbeitskollegInnen, SchülerInnen, Studierenden, VertreterInnen politischer Organisationen, ohne die energischen Freilassungs-Forderungen und zahlreichen Aktionen der linksradikalen und autonomen UnterstützerInnen und ohne das Benennen der Lügen und der dahinterstehenden Qualität politischer Verfolgung, wären beide still und heimlich verurteilt worden. Es ist dabei gerade die Vielfältigkeit und Breite, die die Durchsetzung der Freilassung ermöglicht hat.

Es bahnte sich die Gefahr an, daß in der Öffentlichkeit der Anschein eines rechtsstaatlichen Verfahrens ins Wanken geriet. Die Recherchen über die Hintergründe der verantwortlichen Polizei- und Justizstrukturen samt ihrer AkteurInnen wurden zum öffentlichen Thema.

So ist Selbmanns Vorgehen erstmal Schadensbegrenzung: Er nimmt dem Prozess die öffentliche Dramatik einer zu erwartenden hohen Haftstrafe und gaukelt eine scheinbare Rechtsstaatlichkeit vor. Er bricht dem Lügenkonstrukt die Spitze ab, um es relativiert zu retten.

So fährt er eine geschickte Doppelstrategie. Er gibt sich medienwirksam ein demokratisches Profil, droht aber gleichzeitig, nur bei Wohlverhalten und öffentlichem Stillhalten würde ein „positives Ergebnis" möglich. Er will ein kurzes Verfahren, was heißt, die AnwältInnen müßten sich mit Initiativen zur Aufdeckung des Konstruktes zurückhalten. Letztendlich bleibt die Anklage auf Mordversuch bestehen und die Staatsanwaltschaft will auch weiterhin eine Verurteilung auf dieser Grundlage betreiben.

Es besteht aber die Chance, daß Selbmann nicht ohne Schaden hinter seine Position — Freispruch oder geringe Strafe — zurück kann und die Details des Konstrukts und die Hintergründe weiter aufgedeckt werden können. Auch wenn nun das öffentliche Interesse zurückgehen wird und der Glaube an ein „gerechtes Verfahren" wieder da ist - die Fragen sind gestellt und der Skandal deutet sich an. Über die verantwortlichen Strukturen — Sondereinheiten der Polizei, LKA, Justiz — muß weiter recherchiert werden und sie müssen öffentlich gemacht werden, damit dieses und alle zukünftigen Lügengebäude zum Einsturz gebracht werden können.

Dafür ist der erste Schritt erreicht. Ralf und Knud sind frei!!! Der Freispruch muß erst noch politisch und juristisch erkämpft werden, denn das „Rest"-Konstrukt aus „versuchtem schweren Eingriff in den Bahn- und Schienenverkehr" ist die Rückzugslinie des Gerichts und eine Verurteilung nach dem jetzigen Stand zu erwarten.



Knud und Ralf - endlich frei!

Die nächsten Schritte neben der Durchsetzung des Freispruchs für die beiden könnten sein:

- Forderung nach Haftentschädigung, da jetzt offensichtlich ist, daß es eine willkürliche, unbegründete, sechsmonatige Inhaftierung war.
- Aufdeckung der Justizstrukturen, die die U-Haft zu verantworten haben, und der dahinterstehenden Interessen
- Anklage der Hamburger LKA-Beamten wegen Falschaussage
- Aufdeckung der innenpolitischen Verschärfungen in Hamburg, z.B. durch Einrichten von Sondereinheiten und Aufdeckung des politischen Verfolgungsinteresses des Staates
- Forderung nach personellen und strukturellen Konsequenzen in den Polizei- und Justizapparaten: Z.B Auflösung aller Sondereinheiten.

Es geht voran!

AUS DEN "SPRENGSÄTZEN", PROZESSINFO NR. 1

Der 1. Prozeßtag:

„Dringend" und „hinreichend"

Als die 5. Strafkammer des Itzehoer Landgerichts um kurz nach 9 den Saal betrat, um die Verhandlung gegen Knud und Ralf zu eröffnen, nahm so recht niemand Notiz von den 5 Richtern und Schöffen. Am Zuschauereingang des Großen Sitzungssaals versuchten Gerichtsdiener, einige ZuhörerInnen am Betreten des Raums zu hindern: „Zeigen Sie Ihre Einlaßkarte, sonst kommen Sie hier nicht rein!" Angesichts der massiven Polizeiabsperrungen vor dem Eingang des Gerichtsgebäudes konnten alle, denen es gelungen war, trotzdem hineinzukommen, dieses Verhalten nur als eine zusätzliche Behinderung der Öffentlichkeit verstehen.

Dem Vorsitzenden Richter Selbmann war die Aufmerksamkeit der ca. 30 ZuhörerInnen und gut 25 MedienvertreterInnen jedoch sofort sicher, als er zu einem dann gut dreiviertelstündigen Vortrag ansetzte. Er müsse die Frage der Haftprüfung noch einmal ansprechen.

Zur großen Überraschung und Freude fast aller Anwesenden, die VertreterInnen der Staatsanwaltschaft selbstverständlich ausgenommen, begründete er, warum es angebracht sei, den Haftbefehl gegen Knud und Ralf sofort aufzuheben.

Die Gesichtspunkte, die er dafür aus seiner Sicht ins Feld führte, deckten sich, so konnte mensch später hören, an vielen Stellen mit den Argumenten, die die VerteidigerInnen seit einem halben Jahr bei den bisherigen Haftprüfungsterminen für die Aufhebung der U-Haft vorgebracht hatten.

Im wesentlichen handelt es sich dabei um folgende Gedanken: - Die fortgesetzte Untersuchungshaft begründet sich juristisch darauf, daß der Tatverdacht des Mordversuchs „dringend" sei. Die Frage sei aber, ob es möglich sei – beim derzeitigen Stand der Ermittlungen und Akten –, den Angeklagten tatsächlich zu beweisen, daß sie bei ihrem Anschlag auch bewußt Tote in Kauf genommen hätten. Selbst wenn er voraussetze, daß die Platten wirklich von den beiden auf die Schienen gelegt worden seien – was ja auch noch bewiesen werden musse –, dann bezweifelte er, daß es möglich sein wird, zwei Angeklagten, die Stein und Bein schwören, daß sie es nicht waren, ihren Mordversuch nachzuweisen.

Aus seiner Sicht sei es zur Zeit nur möglich, einen „hinreichenden" Tatverdacht zu begründen – was aber nicht ausreicht, um die beiden im Knast zu behalten.

Diese feine juristische Unterscheidung zwischen „dringend" und „hinreichend" könnte für den weiteren Verlauf des Verfahrens eine große Bedeutung bekommen. In der Sprache der Juristerei ist mit diesem Vorgang nämlich auch angedeutet, daß zwar über den Vorwurf „Mordversuch" verhandelt werden muß, daß er aber eigentlich nicht (mehr) verurteilt werden kann!

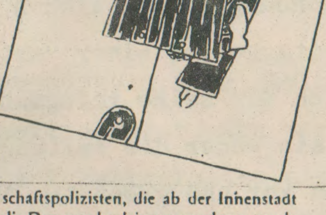
- Weiterhin bezweifelte Richter Selbmann, daß eine Fluchtgefahr wegen einer zu erwartenden hohen Strafe bestehe. Er äußerte Bedenken, ob eine Verurteilung wegen Mordversuch noch möglich sei. Bestehen bleibe aber der Vorwurf wegen versuchten Eingriffs in den Schienenverkehr. Der werde im Schnitt mit 2 Jahren bestraft. Da die beiden aber schon ein halbes Jahr in U-Haft gesessen hätten und weiterhin völlig ihr Gesicht verlieren würden, wenn sie jetzt abtauchten, sehe er keine Fluchtgefahr vorliegen. Ein weiterer U-Haftgrund weniger.

– Zuletzt sei die Frage der Verdunkelungsgefahr zu prüfen. Da die Ermittlungen abgeschlossen seien, sehe er auch darin keinen weiteren Grund, die beiden noch länger festzuhalten.

Mit diesen Ausführungen hatte Selbmann einen echten Coup gelandet. Entsprechend zeigte sich die Staatsanwältin Roitsch von Almelo reichlich konsterniert. Sie bat um eine kurze Besprechungszeit mit ihrem Kollegen.

Zurück im Gerichtssaal wollte sie ihren bisherigen Ausführungen nichts hinzufügen. Weiterhin gehe sie von einem dringenden Tatverdacht aus: wer Steine auf Schienen lege, nehme auch bewußt in Kauf, daß bei einer Zugentgleisung Menschen sterben. Als „Beleg" dafür nannte sie, wie um ihren starrsinnigen Verurteilungswillen noch einmal zu betonen, ausgerechnet ein Zugunglück vom vergangenen Wochenende!

Das Gericht zog sich daraufhin zur Beratung zurück. Nach einer knappen Stunde des Wartens verkündete das Gericht um 11 Uhr 15: Ralf und Knud werden sofort entlassen!



Drinnen

und draußen...



Foto: Klaus Karszat

Hatte das Gericht verlauten lassen, daß ein Prozeßbesuch nur mit Eintrittskarte möglich sei, welche ab 7 Uhr am Landgericht vergeben würde, so wurden erste interessierte ProzeßbesucherInnen am Morgen auf den Einlaß um 8.30 Uhr verwiesen. Erstes Anzeichen auf den folgenden Prozeßbeginn war die Ankunft von Knud und Ralf, die ab 7.45 Uhr in einen Kellerraum an der Gebäudeseite gebracht wurden. Nur durch Glasbausteine und ein Gitter getrennt, war es möglich, einige Worte mit ihnen zu wechseln.

Um 8 Uhr dann erfolgte die Kartenausgabe. Nachdem nur 25 Leuten von der auf nunmehr 80 Leute angewachsenen BesucherInnenzahl der Zugang zum Gerichtssaal per Billet erteilt wurde, beschränkten sich die Gerichtsdiener darauf, den restlichen Interessierten, Bekannten und FreundInnen ein „Wir sind ausverkauft" entgegenzurufen. Allenfalls die Eltern Gauger und Andresen erreichten, sich Gehör und Einlaß zu verschaffen. Die vor dem Gebäude zurückgebliebenen Menschen, deren Zahl größer wurde, wollten nicht die verkeilte Tür freigeben und bekundeten lautstark ihr Interesse, am Prozess teilnehmen zu wollen.

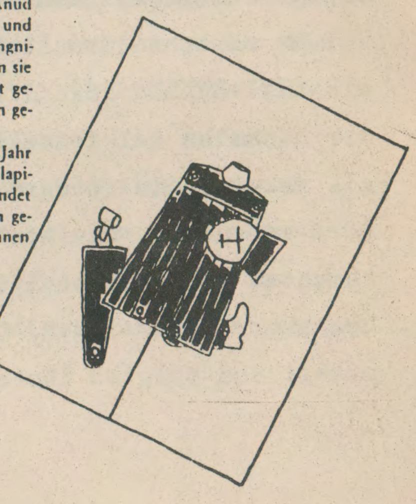
Hatte die Gerichtspräsidentin zuvor verlauten lassen, sie werde keine polizeilichen Sicherheitskräfte einsetzen, so machte Richter Selbmann doch von seinem Hausrecht Gebrauch und ließ die Tür nach zwanzigminütigem Geschiebe von Bullen mit einem Schlagstockeinsatz räumen. Protestierende ProzeßbesucherInnen im Gebäude wurden ebenfalls von mit Knüppeln bewaffneten BereitschaftspolizistInnen von dem Fenster über dem Treppenhaus weggedrückt. Im Laufe der Auseinandersetzung kam es auch im Gebäude zu einer vorübergehenden Festnahme von einem an der Auseinandersetzung beteiligten Besucher.

Die nun mehr ca. 200 vor dem Gebäude verbliebenen FreundInnen und GenossInnen der zwei Angeklagten versuchten durch Parolen rufen die gespannte Stimmung zu durchbrechen, sowie die Angeklagten zu unterstützen.

Als nach einer Verhandlungsdauer von 45 Minuten die Zweifel Selbmanns am dringenden Tatverdacht bekannt wurden, widersprach dies völlig der Situation draußen. Die Stimmung hier war von Konfrontation und „hangreiflicher Verteidigung des Konstruktes" seitens der Polizei gegen die FreundInnen und GenossInnen geprägt. Das Konstrukt sollte nun unerwartet ins Wanken geraten sein. Es formierte sich eine Spontandemonstration, die während der Verhandlungspause auf einem dreiviertelstündigen Weg durch die Stadt mit Parolenrufen, einer kurzen Zwischenkundgebung und Wandparolen die Freilassung von Knud und Ralf forderten. Am Knast wurden die Mitinsassen der beiden auf den Stand der Verhandlungen aufmerksam gemacht. 40 Bereitschaftspolizisten, die ab der Innenstadt die Demo zu begleiten versuchten, wurde keine Möglichkeit zum Eingreifen gegeben.

Mit der Ankunft der Demo am Gericht erfolgte gleichzeitig die Wiederaufnahme der Gerichtsverhandlung ab 11 Uhr. Schon nach halbstündigem gespannten Warten war es soweit: der dringende Tatverdacht, abgewandelt in den hinreichenden Tatverdacht, ermöglichte die Freilassung der zwei. Die Meldung wurde mit Jubel unter der selbstbestätigenden Parole: „Lügen haben kurze Beine und wir machen Lügen Beine", welche druckvoller denn je skandiert wurde, begrüßt. Knud und Ralf konnten ihre FreundInnen und UnterstützerInnen dann am Gefängnistor in die Arme schließen, nachdem sie vom Gerichtsgebäude in den Knast gebracht wurden und dort ihre Sachen gepackt oder verschenkt hatten.

Nach genau einem halben Jahr U-Haft, deren Aufhebung genauso lapidar wie deren Anordnung begründet wurde, können Knud und Ralf nun gemeinsam mit ihren UnterstützerInnen das entlarvte Konstrukt kippen.



STREIT(E)

spitzel, wir kriegen euch !

im laufe des letzten jahres hat sich das verhalten der ehemaligen "volks--bullen"und jetzigen treuen dienern der demokratie gegenüber ANTIFAS gewaltig verändert..bei antifaschistischen aktionen sehen wir uns immer öfter u. schneller bereitschaftsbullen gegenüber,die sich zur aufgabe gemacht haben die faschos zu schützen.wenn aber horden von faschisten am hellen tag leute verprügeln oder jugendclubs angreifen,sieht man nie BULLEN.anzeigen gegen faschos werden nicht bearbeitet b.z.w.zeigen keine erfolge(siehe STREIT(E)2). in letzter zeit werden verstärkt zivilstreifen zur observation von antifas und deren freunde eingesetzt.die DETEKTEI SAALFELD(alles ehemalige stasimitarbeiter)! beobachtet mittlerweile ebenfalls antifaaktivitäten und gibt vermutlich infos an BULLEN & FASCHOS weiter.die zusammenarbeit von zivibullen und faschos geschieht in aller öffentlichkeit.bei einem angriff auf eine faschokneipe in saalfeld schoß ein mit den faschos bestens befreundeter zivi-bulle mehrmals auf ein antifaauto.es ist zuerwarten, das diese leute sich auch weiterhin verstärkt mit uns beschäftigen werden.der fall den wir beschreiben wollen läßt nichts anderes erwarten:

in der letzten novemberwoche des vergangenen jahres wurde ein ANTIFA aus RUDOLSTADT in der wohnung seiner eltern von zwei netten herren besucht.diese stellten sich als mitarbeiter einer "antifaschistischen zeitung"vor.sie boten ihm 800,-dm monatlich für seine informationen" RUND UM DEN BASEBALLSCHLÄGER"!! vorstellen wollten sie weder die zeitung noch sich selbst!sie schlugen ihm ein weiteres treffen vor und gaben ihm 100,-DM als vorschuß.das treffen sollte am 9.12.91 um 19.00 uhr am bahnhof RUDOLSTADT stattfinden.er unterrichtete uns noch am selben tag von diesem vorfall.wir überlegten uns gemeinsam wie wir darauf reagieren sollten.da wir uns keine ANTIFA-zeitung vorstellem konnten,die 800,-DM für einen informanten aufbringen kann tipten wir auf BULLEN oder FASCHOS.wir beschlossen daraufhin das treffen zu beschatten.zwei tage vor dem treffen mußte unser freund kurzfristig zu einem lehrgang(für zivldienstleistende) nach westdeutschland.am 9.12.91 kammen wir trotzdem zum bahnhof,um zu sehen. was sich TUT.exakt um 19.00 uhr erschienen zwei typen,die wir als ZIVI-BULLEN identifizierten.sie besahen sich den bahnhof und versuchten an der nächsten telefonzelle zu telefonieren.bei der gelegenheit gelang es uns sie mehrmals zu fotografieren.sie entfernten sich in richtung innenstadt und dort versuchten sie noch mehrmals zu telefonieren,wobei sie von uns weiter beobachtet wurden.anschließend bestiegen sie ihr auto(WARTBURG LIMOUSINE , neuhauser kennzeichen) und fuhren in richtung saalfeld.wir nutzten die gelegenheit und folgten ihnen bis zum kreisKRIMINALAMT SAALFELD,vor dem sie ihr

auto parkten.anschließend begaben wir uns zur wohnung unseres freundes und versuchten vonadresse und telefonnummer von ihm zu erfahren.seiner mutter war es selbst nicht bekannt,wo und wie er zu erreichen ist.wir nahmen nun an zu wissen,woher der anquatschversuch kam,wunderten uns aber sehr ,woher das KKA über solche mittel verfügen kann.als unser freund nach 14 tagen zurückkam erzählte er uns,das er erstaunlicherweise bereits am montag,den 8.12.91 von einem der herren angerufen wurde,der ihm ein neues treffen vorschlug,da er ja zur zeit auf einem lehrgang wäre.das verwirrte uns natürlich sehr,da wir annahmen,die gesprächspartner am treffpunkt beobachtet zu haben.auch seine personenbeschreibung von den beiden herren stimmten nicht mit dem aussehen der von uns beobachten typen überein.der termin für das neue treffen war für den 6.1.92 um 20.00 uhr am gleichen ort angesetzt.wir unterhielten uns mit ihm und beschlossen dieses treffen offen zu fotografieren.wir gingen davon aus,das es für uns im augenblick die beste möglichkeit war,um ihn und uns zu schützen und ihnen ihre tour gründlich zu vermasseln.unser freund begab sich am vereinbarten tag gegen 19.30 uhr zum bahnhof.gegen 19.45uhr platzierten wir uns dezent in der gegend um den bahnhof.zwischen halb und dreiviertel acht fuhr der bereits uns bekannte wartburg(neuhauser nr.) mehrmals am bahnhof vorbei.da sie uns nicht beobachten konnten,nahm das treffen seinen geplanten lauf.so gegen 20.00uhr sichteten wir 2 auffällig unauffällige herren,die sich in richtung bahnhof liefen.einer dieser "schmucken"herren blieb etwas zurück,während der andere unseren freund heranwinkte.im augenblick der begrüßung fingen wir an,sie aus nächster nähe zu fotografieren.

DIE beiden waren sichtlich erschrocken,versuchten ihre gesichter zu verbergen und flüchteten in ihr auto,welches in unmittelbarer nähe vor dem bahnhof parkte. auch dieses wurde mehrmals von uns bildlich festgehalten.sie fuhren mit einem dunklen OPEL-VECTRA mit der Nr. BN-CX 784 in richtung saalfeld.wir verfolgten sie wieder bis zum KKA SAALFELD.als beweis für unsere hartnäckigkeit warteten wir vor diesem und fotografierten sie erneut,als sie das gebäude verlassen wollten. mit einem saalfelder kollegen flüchteten sie sich erneut hinter die sicheren mauern des KKA.für uns stand erstmal fest,das sie,ihrem aussehen und dialekt nach,westbullen waren.wir nehmen an,das es auch keine normalen 0815 bullen waren,sondern das es sich hierbei um staatsschutz oder einem ähnlichen organ handelte.es steht auch fest ,das dies nicht der erste und letzte versuch sein wird ,einen spitzel in unseren reihen aufzubauen,um unsere strukturen aufzuhellen und infos über uns und unsere aktivitäten zu bekommen.
wenn ihr also von bullen oder ähnlichen typen angequascht werdet,informiert euren freundeskreis und versucht ähnlichj oder dem falle entsprechend vorzugehen. versucht ihnem diese tour zu versauen,laßt ihnen keine chance(die habt ihr nämlich auch nicht!!!).wir behalten uns die restlichen fotos vor,um sie an geeigneten ort öffentlich zu machen.

KEINE AUSSAGEN BEI BULLEN UND JUSTIZ!!!

GEBT SPITZELN KEINE CHANCE!!!

Der Griff nach dem Jedermann:
Entwurf für ein neues Berliner Polizeigesetz

I. Einleitung

Im Oktober 1990 brachten die Koalitionsfraktionen von CDU und SPD im Berliner Abgeordnetenhaus den Entwurf für ein neues Berliner Polizeigesetz, das sogenannte "Allgemeine Sicherheits– und Ordnungsgesetz" (ASOG) in das Abgeordnetenhaus ein. Dieser Gesetzentwurf soll in diesem Jahr bis zum 31. März im Parlament verabschiedet werden. Aufgrund der sicheren Mehrheit von CDU/SPD sind größere Änderungen nicht mehr zu erwarten. Berlin ist nach Bayern, Baden–Württemberg, Saarland, Hamburg, Nordrhein–Westfalen, Hessen und zuletzt Schleswig–Holstein eines der letzten alten Länder, das sein Landespolizeirecht neu ordnet.

Als Grundlage aller dieser Polizeigesetze dient das neue Polizeigesetz von Nordrhein–Westfalen, deshalb sind in diesen Ländern die Kernbereiche der Neuerungen dieselben: Erstmals finden sich Regelungen über die polizeiliche Beobachtung (Oberservation, Einsatz von Verdeckten Ermittlern) und über die Fragen der Datenerhebung. Damit werden hauptseitig von der Polizei bedauerte "Gesetzeslücken" geschlossen, die z.T. – so der Einsatz Verdeckter Ermittler – breit in der Öffentlichkeit diskutiert wurden. Die erstmals aufgeführten Regelungen zu Fragen der Datenerhebung, –weitergabe und –verarbeitung waren durch das "Volkszählungsurteil" des Bundesverfassungsgerichts von 1984 notwendig geworden. Es verlangte gesetzliche Regelungen für informationelle Maßnahmen und brachte damit den Gesetzgeber in Zugzwang.

In den erwähnten Bundesländern unterscheiden sich die Gesetze kaum voneinander – auch dies ein Zeichen, daß bezüglich dieser Frage ein Allparteienkonsens besteht. In den neuen Bundesländern erließ die DDR–Volkskammer im September 1990 im Schnellverfahren ein einheitliches Polizeigesetz, das sich ebenfalls an das Muster Nordrhein–Westfalens anlehnt. Es ist zu erwarten, daß nach der Vereinigung nun die einzelnen Länder dieses Gesetz ohne große Änderungen übernehmen werden.

Ein Einwand gegen die detaillierte Beschäftigung mit den Polizeigesetzen soll gleich an dieser Stelle widerlegt werden. Mit den Neuregelungen würden doch lediglich bereits jahrelange Praktiken festgeschrieben. Von daher lohne es nicht, sich um die Gesetzestexte und deren Verabschiedung zu kümmern. Unbestritten ist, daß die Bullen schon seit Ewigkeiten "Verdeckte Ermittler" im Einsatz haben und ohne rechtliche Grundlage z.B. Wohnungen abhören. Niemand hat jedoch lebhafter bedauert, daß dies in der Grauzone der Illegalität geschehen mußte, als die Bullen selbst. Was nun geschieht, ist im Grunde eine Festschreibung der zuvor illegalen Bullenpraktiken. Gegen diesen einfachen Weg müßte nicht zuletzt die demokratische Öffentlichkeit mobilisiert werden. Illegale Praktiken werden nun legalisiert, und damit der Handlungsspielraum der Bullen erweitert: Was nicht anrüchig oder gar verboten ist, interessiert die Öffentlichkeit auch nicht mehr. Eben dagegen gilt es zu polemisieren, und die repressiven Inhalte des Polizeigesetzes aufzuzeigen.

Im folgenden soll dargelegt werden, welche Möglichkeiten sich für die Bullen durch das neue ASOG im Vergleich zum alten ergeben. Zunächst werden die Ausweitungen im neuen ASOG gegenüber dem alten behandelt. Die Neuregelungen werden im Gesetzestext mit einem Kommentar vorgestellt. Zum Schluß werden einige allgemeine Schlußfolgerungen aus den Polizeigesetzen gezogen.

II. Das neue ASOG

a.) Ausweitungen im neuen ASOG: Ingewahrsamnahme, Identitätsfeststellung, Richterliche Entscheidung



Bereits das alte ASOG eröffnete der Polizei die Möglichkeit, Personen ohne Vorliegen einer Straftat und ohne konkreten Verdacht, eine bestimmte Straftat begangen zu haben, vorbeugend festzunehmen. Die "Ingewahrsamnahme" erfolgt alleine aus polizei–taktischem Kalkül. Grundlage hierfür ist die Konstruktion der "gegenwärtigen erheblichen Gefahr" (§ 13 ASOG–Alt), die im neuen ASOG in § 16 zu finden ist. Sie setzt sich zusammen einerseits aus eigenen polizeilichen oder aber Vorfeldermittlungen des Staats– und Verfassungsschutzes und andererseits einer von der Polizei als prekär aufgefaßten öffentlich–politischen Situation. § 18 ASOG–Alt ermächtigte nun die Polizei dazu, in solch einer von ihr selbst festgestellten Gefahrensituation Personen zu verhaften. Im neuen ASOG entspricht der § 30 dem alten § 18.

§ 30 Gewahrsam

1.) Die Polizei kann eine Person in Gewahrsam nehmen, wenn

...

2. das erforderlich ist, um die unmittelbar bevorstehende Begehung oder Fortsetzung einer Straftat oder einer Ordnungswidrigkeit von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit zu verhindern,

3. das erforderlich ist, um eine Platzverweisung nach § 29 durchzusetzen.

...

Als Erweiterung soll also nun die Platzverweisung § 29 ASOG–Neu (s. unten in Teil II. b.) als Grund für eine Ingewahrsamnahme ihren Platz finden. Für die Platzverweisung gab es keine Entsprechung im alten ASOG.

Die Möglichkeit der präventiven Festnahme nach ASOG wurde bislang in zwei Varianten benutzt:

1. Festnahme von bekannten politisch aktiven Menschen. Das heißt, bestimmte Leute wurden aufgrund gesammelter "Erkenntnisse" der Sicherheitsbehörden im Vorfeld aus dem Verkehr gezogen. Beispiel sind hier u.a. die Reagan–Besuche 1982 und 1987, bei denen etliche Leute auf diese Weise vorbeugend festgenommen wurden.

2: Festnahmen von Menschen, die sich auf dem Weg zu Demos oder Aktionen etc. befinden zur "Abwendung einer gegenwärtigen erheblichen Gefahr". Dies geschieht z.B. mit schöner Regelmäßigkeit bei allen 1. Mai–Demonstrationen seit 1988.

Inwieweit das ASOG Teil des allgemeinen Repressionsapparates ist, wird in seiner praktischen Anwendung offenbar. Die Zielgenauigkeit, wie hier Leute verhaftet werden, weist eindeutig auf dahinterstehende eingehende Spitzeleien des Staats– bzw. Verfassungsschutzes hin.

Für politisch aktive Menschen hatte das alte ASOG darüberhinaus folgende praktische Konsequenzen bei Festnahmen:

– Sie mußten Identitätsfeststellungen über sich ergehen lassen, durften ED behandelt und vorgeladen werden, vor allem jedoch bis zu 48 Stunden präventiv in Bullenhaft genommen werden.

Hinsichtlich der Identitätsfeststellung finden wir im neuen ASOG eine interessante Ergänzung.

§ 21 Identitätsfeststellung

1.) Die Ordnungsbehörden und die Polizei können die Identität einer Person feststellen, wenn dasur Abwehr einer Gefahr ... erforderlich ist.

2.) Die Polizei kann ferner die Identität einer Person feststellen,

1. wenn die Person sich an einem Ort aufhält,

a) von dem Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß

aa) dort Personen Straftaten von erheblicher Bedeutung verabreden, vorbereiten oder verüben

bb) sich dort Personen treffen, die gegen aufenthaltsrechtliche Strafvorschriften verstoßen,

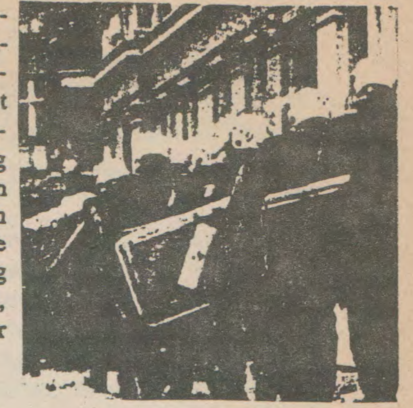
...

3. wenn sie sich in einer Verkehrs– oder Versorgungsanlage oder –einrichtung, einem öffentlichen Verkehrsmittel, Amtsgebäude oder an einem anderen besonders gefährdeten Objekt oder in dessen unmittelbarer Nähe aufhält und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß in oder an einem Objekt dieser Art Straftaten begangen werden sollen, durch die Personen oder dieses Objekt gefährdet sind ...

4. an einer Kontrollstelle, die von der Polizei eingerichtet worden ist, um eine Straftat nach §129a des Strafgesetzbuches, eine der in dieser Vorschrift genannten Straftaten oder eineStraftat nach 250 Abs. 1 Nrn. 1 oder 2, nach § 255 des Strafgesetzbuches in Verbindung mit der vorgenannten Straftat oder nach § 27 des Versammlungsgesetzes zu verhüten. Die Einrichtung der Kontrollstelle ist außer bei Gefahr im Verzug nur mit Zustimmung der Se natsverwaltung für Inneres zulässig.

3.) Die Ordnungsbehörden und die Polizei können die zur Feststellung der Identität erforderlichen Maßnahmen treffen. Sie können die Person anhalten, sie nach ihren Personalien befragen und verlangen, daß sie Angaben zur Feststellung ihrer Identität macht und mitgeführte Ausweispapiere zur Prüfung aushändigt. Die Polizei kann die Person festhalten und zur Dienststelle bringen, wenn die Identität auf andere Weise nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten festgestellt werden kann. Unter den Voraussetzungen des Satzes 3 können die Person und die von ihr mitgeführten Sachen durchsucht werden.

Abs. 2 Nr. 4 ist neu eingefügt, in ihm ist von Identitätsfeststellungen an Kontrollstellen, die aufgrund §129a Verdachtes eingerichtet werden, die Rede. Diese Kontrollstellenpraxis, die in §111 Strafprozeßordnung geregelt ist, ist bereits seit langem üblich. Vor allem nach "terroristischen" Aktionen werden solche Kontrollstellen an Verkehrsknotenpunkten, Wohnungen von politisch aktiven Menschen etc. eingerichtet. Auch im Vorfeld von Demonstrationen werden Kontrollstellen nun erlaubt sein. In Verbindung mit den Befugnissen zur Datenerhebung (von denen im Rahmen der Ausweitung zu handeln sein wird) gewinnen die Kontrollstellen ausschließlich präventiven Charakter: es geht auch um die Erstellung von "Bewegungsbildern" mithilfe der Kontrollstellen. Daß die Kontrollstellen beliebig viele Menschen treffen können, liegt auf der Hand, und ist auch der fahndungstechnische Sinn dieser Maßnahme.



– Im Rahmen von ASOG–Festnahmen können Telefonate mit RechtsanwältInnen und Vertrauenspersonen untersagt werden.

– Frauen haben damit zu rechnen, wegen einer angeblichen Gefahr für Leib und Leben legal auch von männlichen Polizisten durchsucht zu werden.

– Im Falle von "Gefahr im Verzug" kann für die Durchführung einer Wohnungsdurchsuchung auf eine entsprechende richterliche Anordnung verzichtet werden. ZeugInnen für solch eine Durchsuchung brauchten nur hinzugezogen werden, sofern dies möglich ist. Die Angabe des Durchsuchungsgrundes kann verweigert werden. Zur Angabe von Datum, den zu durchsuchenden Räumen und der Dienststelle der durchsuchenden Bullen bleiben diese aber auch weiterhin verpflichtet.

Wohlgemerkt: Diese Befugnisse aus dem alten ASOG sind selbstredend auch im neuen ASOG aufrechterhalten worden.

Die im § 19 ASOG–Alt aufgeführte richterliche Entscheidung, derer es bedurfte, wenn die Person nicht nur kurzfristig, sondern bis zu 48 Stunden ihrer Freiheit beraubt werden sollte, erwies sich in der Praxis als Farce. In der Regel wurde bei der Vorführung des Festgenommenen beim Richter die Festnahme als rechtens erklärt. Der Richter füllte nur noch Beschlußformulare, bzw. im Extremfall schon fertige Vordrucke im Fließbandverfahren aus. Eine tatsächliche Überprüfung des Vorgehens der Polizei fand nicht statt. Die "Unabhängigkeit" des Richters dürfte sich auf einem Polizeirevier ohnehin noch in viel engeren Grenzen als im Gerichtssaal bewegen.

Im neuen ASOG ist bezüglich der richterlichen Entscheidung ein vielsagender Satz eingefügt, der schlaglichtartig die bisher gängige Praxis beleuchtet:

§ 31: ... "Der Herbeiführung der richterlichen Entscheidung bedarf es nicht, wenn anzunehmen ist, daß die Entscheidung des Richters erst nach Wegfall des Grundes der polizeilichen Maßnahme ergehen würde."

Damit ist die gängige Praxis festgeschrieben, daß Festgenommene oft stundenlang festgehalten werden, ohne eines Richters ansichtig zu werden. Die angemahnte "Unverzüglichkeit" der richterlichen Entscheidung darf nun noch flexibler von den Bullen gehandhabt werden. Praktisch ist zu erwarten, daß eine richterliche Vorführung bei "Ingewahrsamnahme" unter den Tisch fallen dürfte.

b.) Neue Regelungen im ASOG

Altes und neues ASOG gliedern sich vordergründig in sechs Abschnitte: 1. Aufgaben, Zuständigkeiten und allgemeine Vorschriften; 2. Befugnisse der Ordnungsbehörden und



PROGRAMM VOM
4.2.-15.2.'92

Donnerstags: Filmreihe "Widerstand in den USA"

Di., 4.2.92, 21 Uhr:
"500 Jahre Widerstand"
Agitprop für die Kampagne gegen die 500-Jahr-Feier zur "Entdeckung" Amerikas. Angehörige der Völker von Nord- bis Süd-Amerika äußern ihre Ansichten dazu. (Berlin 1991, 30 Min.).

Do., 6.2.92, 21 Uhr:
"Frame Up Of Mark Curtis"
(Reihe: Widerstand in den USA, I) - Mark Curtis ist politischer Aktivist in Des Moines, er beteiligt sich an legalen Aktivitäten der El Salvador-Solidaritäts Bewegung und vertreibt sozialistische Literatur. Als ein lokaler Großkonzern veranlaßt, daß 17 MittelamerikanerInnen verhaftet werden, ruft er die ArbeiterInnen zum Streik auf. Kurz darauf wird ihm ein Verbrechen untergeschoben, das er nicht begangen hat. Er ist das Ziel von FBI-Agenten... (USA 1989, Originalfassung).

Sa., 8.2.92, 21 Uhr:
"Einer flog über's Kuckucksnest"
Jack Nicholson spielt einen Ganoven, der in eine psychiatrische Klinik eingewiesen wird. Der clevere Simulant avanciert zum Helden der Männer einer geschlossenen Abteilung und provoziert sie zur Aufsässigkeit gegen das erniedrigende Anstaltsritual. (USA 1975)

Di., 11.2.92, 21 Uhr:
"Besos al Besos"
Die BewohnerInnen eines Stadtteils von Barcelona verhindern den Neubau von Häusern für Olympia '92.

Do., 13.2.92, 21 Uhr:
"Have You Seen La Nueva Mujer?"
(Reihe: Widerstand in den USA, II)
Interviews mit vier Frauen aus dem puerto-ricanischen Widerstand im US-Knast (USA 1986).

Fr., 14.2.92, 21 Uhr:
Lange Monthy-Python-Nacht
"Time Bandits", "Ein Fisch namens Wanda", "Das Leben des Brian"
Lästereien der englischen Dekadenz-Komiker und eine herrlich schadenfrohe Komödie.

Sa., 15.2.92, 21 Uhr:
"Ghosts Of The Civil Dead"
In einem Hochsicherheitstrakt für Schwerverbrecher eskaliert - teilweise durch die Gefängnisverwaltung geschürt - die Gewalt. Dies dient wiederum der Verwaltung zur Legitimation, diese Form der unmenschlichen Verwahrung von Menschen zu erhalten. Mit dokumentarischen Mitteln gestalteter Spielfilm... (Australien 1988).

Und weiter im Programm...:

Di., 18.2.92, 21 Uhr:
"Unter der Last des Kaffees"
Do., 20.2.92, 21 Uhr:
"Die Waffen sind tödlicher geworden"
Fr., 21.2.92, 21 Uhr:
Lange Costa-Gavras-Polit-thriller- Nacht, "Vermißt", "Z", "Das Geständnis"
Sa., 22.2.92, 21 Uhr:
"Woody Allen's Bananas"
Di., 25.2.92, 21 Uhr:
"Geständnisse in Mamak"
Do., 27.2.92, 21 Uhr:
"Geronimo Pratt"
Sa., 29.2.92, 21 Uhr:
"Milagro - Der Krieg im Bohnenfeld"

VIDEOKINO DANEBEN, RIGAER STRASSE 84
1035 BERLIN-FRIEDRICHSHAIN



RECKLINGHÄUSER BUCHLADEN ATTATROLL VON DER POLIZEI DURCHSUCHT!

Am 16. Oktober 1991 wurden die Geschäftsräume des Recklinghäuser Buchladens **"Attatroll"** und Privaträume von Recklinghäuser Polizei durchsucht.
Mit einem Durchsuchungsbefehl des Oberlandesgericht Düsseldorf wurde nach der Zeitschrift **"Clash, Zeitung für Widerstand in Europa"**, Nr. 3, gesucht.
Gegen die HerstellerInnen und VertreiberInnen der Zeitschrift wird wegen § 129a, also Werbung für eine terroristische Vereinigung ermittelt.
Die Durchsuchung verlief ergebnislos, trotzdem wurden daraufhin alle Gesellschafter des "Attatroll" Buchladen Anfang Dezember zum polizeilichen Verhör **"in eigener Sache"** geladen.









HEY LEUTE,
DIE ERSTEN PROZESSE
WEGEN DER NOLYMPICS-WOCHE
LETZTEN SEPTEMBER STEHEN AN
!
NOOOO!
WENN AUCH IHR
IM ZUSAMMENHANG MIT NOLYMPIA
FESTGENOMMEN WORDEN
SEID UND JETZT
VORLADUNGEN
ODER
ANKLAGESCHRIFTEN
ERHALTEN HABT,
MELDET EUCH
SO SCHNELL WIE MÖGLICH
IM INFOLADEN DANEBEN
- RIGAER STR 84, FRIEDELHAIN -
ZWECKS KOORDINIERUNG & ORGANISIERUNG
FACKELN FÜR OLYMPIA!
AUF DASS IHNEN IHRE LÜGENKONSTRUKTE IM HALSE STECKEN BLEIBEN!
LASST UNS GEMEINSAM DAFÜR SORGEN, DASS SIE DIESEN AUFTAKT OLYMPISCHER REPRESSION NICHT UNGESTÖRT BEGEHEN KÖNNEN -
SPUCKEN WIR IHNEN SCHON BEI DER ERÖFFNUNGSVERANSTALTUNG IN DIE SUPPE!